

Presseinformation

17. September 2021

Deutsche Kreditwirtschaft zum Beschluss des Bundesrates zur Ladesäulenverordnung – „Wesentlicher Schub für die Elektromobilität“



Der Bundesrat hat heute die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novelle der Ladesäulenverordnung endgültig verabschiedet. Damit ist der Weg frei für E-Auto-Fahrerinnen und -Fahrer, die für das Aufladen ihrer Fahrzeuge ab 2023 an allen E-Ladesäulen bequem und sicher mit Kredit- oder Debitkarten wie der girocard zahlen können.

„Der Bundesrat hat mit seiner klugen und zukunftsorientierten Entscheidung die Tür für die Elektromobilität weit aufgestoßen. Verbraucher wollen den Strom fürs Elektroauto so bequem und einfach mit der Karte bezahlen können wie heute ihre Tankrechnung an der Tankstelle. Die heutige Entscheidung ist richtungsweisend gibt der Elektromobilität in Deutschland einen wesentlichen Schub. Alle Augen richten sich nun auf die europäische Ebene, wo ebenfalls Regelungen für die Infrastruktur vorbereitet werden, die für die Elektromobilität notwendig ist. Auch Europas Gesetzgeber müssen im Interesse der Verbraucher das Bezahlen mit Kredit- und Girokarten an den E-

Kontakt

Stefan Marotzke
für die Deutsche Kreditwirtschaft
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
Tel. +49 30 20225-5110
info@die-dk.de

Cornelia Schulz
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecherin
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Steffen Steudel
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecher
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Thomas Schlüter
Bundesverband deutscher Banken e.V.
Leiter Media Relations, Director, Pressesprecher
Tel. +49 30 1663 1230
thomas.schlueter@bdb.de

Anne Huning
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V.
Tel. +49 30 81 92 163
anne.huning@voeb.de

Carsten Dickhut
Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V.
Tel. +49 30 20 915 320
dickhut@pfandbrief.de

Presseinformation

Ladesäulen möglich machen“, so Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), der in diesem Jahr Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) ist.

Die Europäische Kommission hat im Juli 2021 als Teil ihres sogenannten „Green Deal“ einen Entwurf für die sogenannte „Alternative Fuel Infrastructure Regulation“ (AFIR) vorgestellt, die die entsprechende EU-Richtlinie („Alternative Fuel Infrastructure Directive“, AFID) weiterentwickelt. Die EU-Kommission erkennt in ihrem Entwurf an, dass emissionslose Antriebe sich nur durchsetzen, wenn Verbraucher ihre Elektro-, Wasserstoff- oder anderweitig betriebenen Fahrzeuge überall in der EU so einfach und bequem aufladen oder nachtanken können, wie sie es von der Tankstelle heute gewohnt sind.